

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meilen.

Postkonto: Dresden 1530
Konto Riesa Nr. 52.

Nr. 303.

Dienstag, 30. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends $\frac{1}{2}$ Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Abo. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Röhre und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3. mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Silben), 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zetteltäuschend und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife. Hemmlicher Rabatt gilt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe in der Nähe der Druckerei. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa, Geislerstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Was die Militärkontrolle wirklich fand.

Kritikungen des Reichswehrministers.

Berlin. Reichswehrminister Geiser gewährt einem Mitarbeiter des „N.“ eine Unterredung, bei der er über die interalliierte Militärkontrolle und die Einwirkung auf die deutsche Industrie, die er für die Zeit der Rüstungswende über die angeblichen deutschen Rüstungen in die Welt legt, die fast an die Kriegsgrenzen der Donau erinnern.
„Die erste, ganz allgemeine Behauptung war die von der Konstruktion Deutschlands gegen die Generalinspektion. Da nun fast 1800 Kontrollbesuche — meistens ohne Bewehrung — durchgeführt sind, da die interalliierte Militärkontrollkommission ausgeben muß, daß sie in jede Fabrik, in jedes Gebäude, in jede Fabrik und in jeden Raum Zutritt gefunden hat, läßt sich diese Behauptung wirklich nicht aufrechterhalten.“

Dann hat man ganz allgemein behauptet, es seien große heimliche Waffenlager aufgefunden worden. Die Wahrheit ist, daß die Kommission keinen Fund von irgendwelcher Bedeutung gemacht hat. Daran ändern auch nichts die allerneuesten Behauptungen, die ich Fall für Fall mit Ihnen durchgehen möchte.

Die erste große Sensation war die Nachricht von einem großen Geheimfund auf dem Truppenübungsplatz Königsdorf. Es stellte sich hier heraus, daß die angeblich verheimlichten Geschütze 14 alte sogenannte „Zielschütze“ waren, die seit langen Jahren als Zielscheiben dienen und die auch die Spuren dieses Gebrauches zeigten.

Die nächste große Nachricht war der angebliche Fund von Aufklärungsgeräten für drei Divisionen. Den Kern dieser Sache bildete der Fund von 20 alter Sätteln, 43 verrosteten Karabinern und Gewehren, 15 alten Maschinenwappensteinen ohne Gewehre und einem unbedeutenden Dredner Heiterregiment. Werkstoffgerichte wurde ein Fund von 277 Seltenheitsgewehren und 31 Läufen in Dessau wenig ausgeklügelter, dagegen regte es die Wankfrage der französischen Berichterstatter, daß in einem alten, man denke: angeblichen Gang der Schießstände in Hülben ein Fund gemacht wurde. Es handelte sich allerdings nur um verrostete Wappensteinen für Maschinengewehre, die nicht einmal mehr das Einschmelzen lohnten.“

Das, was an einen Namen wie Krupp denken knüpfen würden, war zu erwarten. Die französische Presse hat denn auch in den letzten Tagen berichtet, daß dort 25 000 Schußwaffen für Geschütze entdeckt worden seien. Diese Geschütze sind tatsächlich bei Krupp. Sie sind eine Werkstellung der Firma Simson in Zuhl, die nur als Waffenlieferant von der Kommission selbst vorgeschrieben worden ist, und die, ebenfalls nach den Bestimmungen der Kontrollkommission, diese Halbfabrikate bei dem Werke Hunen der Firma Krupp zu bestellen hatte. Im übrigen ist es eine phantastische Vorstellung, daß bei den Kruppischen Werken im besetzten Gebiet, in denen es von französischen Vorkriegswaffen, überhaupt die heimliche Fabrikation von Kriegswaffenmaterial möglich sei. Die Pariser Presse beschäftigt sich ferner mit dem Fund einer größeren Anzahl Stahlkästen bei Pöhlitz in Leipzig. Ueber diese Angelegenheit schreibt jetzt ein Schriftwechsel zwischen der Kontrollkommission und den zuständigen Stellen der Reichsregierung.

Die Weihnachtsüberprüfung bildete dann ein angeblicher Heilmittelfund von 40 000 Stahlstäben für die Fabrikation von Gewehren und Maschinengewehren. Zu diesem Fund ist die Reichswehr überhaupt nicht beteiligt. Ich kann Ihnen aber sagen, um was es sich handelt. Am 23. Dezember hat die Kontrollkommission in den Berlin-Karlshagen Industriewerken in Wittenau in einem Lagerbehälter 40 000 bis 45 000 sogenannte „Rohlinge“ gefunden. Das sind Stahlstäbe, aus denen man Geschütze machen kann. Nun fragte die Fabrik aber Jagd- und Sportwaffen; irgend ein Jäger, das gefaselt war, aus diesen Rohlingen Militärgewehre und nicht Jagd- und Sportwaffen zu machen, liegt nicht vor. Die Stäbe waren auch nicht etwa verrotzt, sondern lagen seit 1919 oder vielleicht noch länger in alten Holzverpackungen, deren Kisten nicht einmal verrottet waren, und die deshalb mit einem Nagel nachprüfbar zugeschlagen waren. Rund 10 000 von diesen Rohlingen haben ein etwas größeres Format. Um diese Stäbe verwerten zu können, hat die Firma schon vor längerer Zeit der Interalliierten Militärkontrollkommission einige Musterstücke davon mit Vorschlägen über die Verarbeitung in doppelseitige Jagdflinten geschickt. Auch das spricht nicht gerade für die Heimlichkeit dieses Lagers.

Das ist der Tatbestand, der den Sensationsmeldungen der französischen Presse zugrunde liegt.

Nicht orientiert wurde aber die französische Presse darüber, daß eine große Zahl von Heberklärungsbeschwerden nicht eine einzige Waffe ansage gefördert hat, so die Besuche im Fort Sahnberg, in Ruffin, in verschiedenen Potsdamer Kasernen, in Döberitz, Jägersdorf, Tantenhof bei Allenstein usw.

Geradezu unerfindlich ist es mir, daß die Meldungen über das Fortbestehen einer organisierten geheimen Waffenfabrikation in Deutschland nicht verkommen wollen. Die interalliierte Militärkontrollkommission kennt jede Fabrik Deutschlands, ich möchte sagen, sie kennt jede Drehbank und jeden Schraubstock. Sie würde sich selbst kein glänzendes Belobigungszeugnis ausstellen, wenn sie behaupten würde, daß nach ihrer fünfjährigen Tätigkeit, die wahrhaftig jede nur denkbare Möglichkeit untersucht hat, eine solche geheime Waffenfabrikation in Deutschland noch möglich wäre.

Große Aussprache in der französischen Kammer.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, die Räumung der Kölner Zone und die Tätigkeit der Kontrollkommission vor der französischen Kammer.

Paris. In der gestrigen Nachmittagskammer in der französischen Kammer kam es zu einer großen Aussprache über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, die Räumung der Kölner Zone und das Abwicklungsproblem.

Auf der Tribüne stand Marin. Er bewies, daß die Kontrollkommission während der französischen Parlamentsferien ihre Tätigkeit ableisten könne. Andererseits dürfe das Parlament nach seinem Wiederauftreten am 13. Januar von der Regierung nicht vor vollendeten Tatsachen gestellt werden. Marin wünscht weiter unter anderem zu erfahren, worauf sich die Einmütigkeit beziehe, von der in dem Bericht der Wirtschaftsverhandlungen die Rede sei. Frankreich beanspruche für sich das Recht, die Kölner Zone nach dem Abzug der Engländer zu übernehmen. Die Räumungsarbeiten seien noch nicht in Kraft getreten. Die Aufhebung der Wirtschaftskontrolle des Versailler Vertrages, die am 10. Januar außer Kraft tritt, sei bei dem schlechten Willen der deutschen Wirtschaftsdelegation (?) mehr als fraglich. Marin bedauert, daß die elisäische Zollfreiheit im vergangenen Jahre nicht rechtzeitig verlängert wurde und daß der Verzicht auf den Zoll auf den französischen Markt ein Erfolgeverzicht (?) an Frankreich verübt werde.

Unter der Zustimmung der Redner warf der Redner der deutschen Regierung Verschleppungsmaßnahmen vor. Es sei vielmehr, daß der deutsche Reichspräsident erst nach dem 10. Januar ein Kabinett bilden wolle. Schließlich forderte Marin die Regierung auf, auf der Konferenz der interalliierten Finanzminister, die am 6. Januar zusammentritt, seine verbindlichen Abmachungen ohne vorherige Parlamentsberatung einzugehen, namentlich sofern es sich um Vereinbarungen in der interalliierten Schuldenfrage handele. Der Redner sprach sich im Prinzip gegen eine Berücksichtigung der amerikanischen Ansprüche auf die Jahresleistungen des Dawesplans aus.

Der Finanzminister Clementel sagte in seiner Erwiderung: Herrot werde sich zu der Kölner Frage ausführlich äußern. Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen würden fortgesetzt. Gewisse Schwierigkeiten hätten sich selbstverständlich im Laufe der Verhandlungen ergeben. Wenn die Verhandlungen lediglich auf die elisäische Frage beschränkt wären, so würde Frankreich einen Standpunkt schon längst durchgesetzt haben. Die Verhandlungen hätten aber einen das gesamte Problem der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen umfassenden Charakter. Ueber die interalliierte Finanzministerkonferenz am 6. Januar sagte Clementel, daß Frankreich die amerikanischen Ansprüche auf Berücksichtigung bei der Verteilung der Jahresleistungen aus dem Schuldentilgungsbericht weniger als juristisch als aus sachlichen Gründen anerkenne.

Weiter führte der Minister aus, daß die alliierte Schuldenfrage höchstwahrscheinlich zur Sprache kommen werde. Im weiteren Verlauf der Debatte betonten verschiedene Redner, daß die Regierung Poincaré im vergangenen Jahre den Versuch gemacht habe, bei dem Völkerbund die Verlängerung der Klausel des Versailler Vertrages über die Zollfreiheit im Elsass zur Ausfuhr nach Deutschland durchzusetzen. Diese Bemühungen seien aber an dem Widerstand verschiedener Mächte, besonders an der Ablehnung Großbritanniens gescheitert.

Die Kammer hat dann einstimmig mit 302 Stimmen bei Stimmhaltung der Opposition die Interpellation Fourny über die Verfolgung der Cellaire verurteilt. Fourny legte den Standpunkt der Opposition in einer längeren Rede dar, in der er sagte, daß das gerichtliche Verfahren gegen die Cellaire und Cellaire eine Verletzung der Pressefreiheit bedeute. Das ergebnislose Blatt siehe man zur Verantwortung, weil es auf die kommunistische Gefahr hingewiesen habe. Die Regierung kam aber doch nicht in Rede, weil die Heberführung Jaurès ins Vantage eine Armee von 80 000 Kommunisten aufgeführt wurde.

Andererseits könne die vom „Cellaire“ vorgenommene Veröffentlichung des Kontrollberichts des General-Rolleit an Marshall Foch vom letzten April nicht als ein Staatsverbrechen bezeichnet werden. Die Veröffentlichung liege vielmehr im Interesse der öffentlichen Meinung Frankreichs, die über den Stand der deutschen Rüstung aufgeklärt werden müsse. Der Großregelmörder erwiderte darauf, daß Herrot auf sämtliche Fragen Rede und Antwort stehen werde. Darauf erwiderte General Rolleit das Wort, um festzustellen, daß die Veröffentlichung des betreffenden Berichts die französische Regierung in große Verlegenheit setze, da es sich um ein internationales Dokument handle. Die Veröffentlichung des Berichts setze nicht den internationalen Gebräuchen und ist von allen Mächten als eine Unhöflichkeit verstanden worden. Rolleit fügte weiter aus: Ende 22 seien von der Kontrollkommission gute Resultate erzielt worden. 33 000 Kanonen, 184 Millionen Gewehre und ebenso eine große Anzahl von Maschinengewehren seien zerlegt worden. 1923 habe die deutsche Delegation eingesehen und die Tätigkeit der Kontrollkommission sei während der letzten 18 Monate gelähmt gewesen. Im Oktober 1924 sei die Kontrolle wieder aufgenommen worden und bei dieser Kontrolle seien die letzten aufsehenerregenden Waffenfunde gemacht worden.

Vor dem Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 30. Dezember. Wie wir von parlamentarischer Seite erfahren, wird der neue Reichstag nach seinem Zusammentritt am 5. Januar nur wenige Tage zusammenbleiben, da die Regierungsbildung kaum vor dem 10. Januar beendet sein kann. Da die neue Regierung gezwungen sein wird, erst in der Ruhepolitik eine gewisse Klarung herbeizuführen, so wird sie frühestens in der zweiten Hälfte des Januar in der Lage sein, vor dem Reichstag ihr Programm zu entwickeln. In den parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die eigentlichen parlamentarischen Arbeiten erst Anfang Februar in Fluß kommen werden.

Regierungsverhandlungen erst im Januar.

Berlin, 30. Dezember. Wie wir erfahren, werden die Verhandlungen über die Regierungsbildung erst Anfang Januar wieder eröffnet werden können. Der Reichspräsident, der zu Neujahr wieder nach Berlin zurückkehrt, wird im Laufe des 2. Januar neue Verhandlungen mit den Parteiführern haben. Die beteiligten Reichstagsfraktionen sind spätestens am 4. Januar vollständig in Berlin versammelt, so daß umherhin die Möglichkeit besteht, eine neue parlamentarische Situation herbeizuführen, die es gestatten würde, eine bürgerliche Koalition zu bilden. Augenblicklich macht sich noch der Druck der ungelärten außenpolitischen Lage sehr nachteilig bemerkbar, da alle maßgebenden Parteiführer es für notwendig halten, die Entscheidungen der alliierten Regierungen über die Räumungsfrage abzuwarten.

Rundgebungen für den Reichspräsidenten.

Berlin. Dem Reichspräsidenten ist von der badischen Staatsregierung folgendes Telegramm zugegangen:
Die badische Staatsregierung tritt der Rundgebung der Reichsregierung bei; unsere Hochachtung über Ihren Licht und Ihren Wirken ist durch den Feilsch von Magdeburg unerlöschter und braucht das Urteil der Geschichte nicht erst abzuwarten.
Dr. Sellbach, Staatspräsident.“

Ferner erhielt der Reichspräsident nachstehendes Telegramm des Ersten Bürgermeisters der Stadt München:
Zum Jahreswechsel aufrichtigen Glückwunsch. Empört über das Magdeburger Tendenzurteil dem wahrhaft deutschen Manne Fritz Ebert die Versicherung unverbrüchlichen Vertrauens und höchster Wertschätzung.
Ed. Schmid, Erster Bürgermeister der Stadt München.“

Der Ausschub der Note an Deutschland.

Berlin, 30. Dezember. Die angekündigte Note der Völkerbundkonferenz an die deutsche Regierung wird, wie im Berliner Auswärtigen Amt mitgeteilt wird, kaum vor dem 6. Januar in Berlin zu erwarten sein. Für die Verschiebung der Ableitung der Note dürfte nach Ansicht der Berliner Regierungskreise wohl der Umstand maßgebend gewesen sein, daß die alliierten Regierungen sich ihre Stellungnahme noch vorbehalten wollen. Es besteht daher durchaus die Möglichkeit, daß in den nächsten Tagen eine merkbare Entspannung eintritt, da sich schon jetzt das Bestreben geltend macht, den Konflikt mit Deutschland nicht noch weiter zu verschärfen.

Ein deutscher Schritt in Amerika.

Berlin, 30. Dezember. In den Regierungskreisen bestätigt man die Meldung, daß der deutsche Vorkocher in Washington, Dr. Wiedfeld, im Auftrage der Reichsregierung bei dem amerikanischen Staatsdepartement des Auswärtigen einen Schritt wegen der Kölner Räumungsfrage unternommen hat. Wie wir hören, handelt es sich hierbei jedoch vollständig um eine besondere Aktion, die mit den Vorstellungen der deutschen Vorkocher in London, Paris und Brüssel nicht verwechselt werden darf. Die Reichsregierung hat lediglich Veranlassung genommen, die Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierung auf die Tatsache zu lenken, daß in der Räumungsfrage schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten im Gange seien, die auf die Durchführung des Dawesplanes einen nachteiligen Einfluß ausüben könnten. Die amerikanische Regierung hat auf den deutschen Schritt hin, wie jetzt auch in Berlin ausdrücklich bestätigt wird, eine Rundgebung erlassen, in der sie ihre Befürchtungen über die Verschiebung der Räumung Kölns zum Ausdruck gebringt hat.

Die Konstituierung des heffischen Landtages.

Darmstadt. Die Mitglieder des heffischen Landtages traten gestern 12.30 Uhr unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Ulrich zusammen. Der Präsident Adeling wurde mit 65 Stimmen wiedergewählt. Die 4 Kommunisten stimmten für den Abg. Dr. Greiner. Zu Vizepräsidenten wurden der Abg. Fuch, Zentrum und Dr. Sembold, Bauernbund gewählt. Präsident Adeling übernahm den Vorsitz und verliest nach einer Ansprache die Mitteilung des Staatspräsidenten Ulrich, daß die Regierung ihre Geschäfte dem Landtage bis zur Neubildung der Regierung übergibt. Die Regierungsbildung wuchs auf die nächste Sitzung vertagt.